

Unternehmensinsolvenzen um 22 Prozent gestiegen

Erstmals seit Beginn der Corona-Krise liegt die Zahl der Firmenpleiten über dem Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019.

Wien, 22.03.2023 – Laut aktueller KSV1870 Hochrechnung sind im ersten Quartal 2023 in Österreich 1.279 Unternehmen (+ 22,3 % gegenüber 2022) von einer Insolvenz betroffen. Damit gibt es auch erstmals mehr insolvente Betriebe (+ 1 %) als im Jahr 2019, dem Jahr vor der Corona-Pandemie. Den größten Zuwachs verzeichnet Wien (+ 40,3 %), das deutlichste Minus Vorarlberg (- 13,3 %). Die bislang größte Firmenpleite betrifft die Pharmazeutische Fabrik Montavit Gesellschaft m.b.H. mit Passiva von 45 Mio. Euro. Insgesamt haben sich die vorläufigen Passiva* um 2,5 Prozent auf 286 Mio. Euro erhöht. Weiters ist die Zahl der betroffenen Mitarbeiter auf 4.200 Personen (+ 44,8 %) und jene der betroffenen Gläubiger auf 7.600 Geschädigte (+ 43,4 %) angewachsen. Mit Blickrichtung Jahresende sind bis zu 5.500 Firmenpleiten möglich.

Neues Jahr, alte Entwicklung – die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Österreich steigt weiterhin, wenngleich nach wie vor nicht von einer Pleitewelle gesprochen werden kann. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres sind die Firmenpleiten zwischen Jänner und März 2023 um 22,3 Prozent gestiegen, womit erstmals seit Ausbruch der Corona-Pandemie das Vorkrisenniveau (+ 1 %) überschritten wurde. Somit sind in den ersten drei Monaten pro Tag 14 Unternehmen in die Insolvenz geschlittert. „Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Vorjahres haben sich zu Jahresbeginn fortgesetzt, weshalb der Trend vergangener Monate anhält. Es war daher nur eine Frage der Zeit, bis das Vorkrisenniveau erreicht wird. Jetzt ist es so weit“, erklärt MMag. Karl-Heinz Götze, MBA, Leiter KSV1870 Insolvenz. Neben dem deutlichen Zuwachs (+ 35,5 %) bei den Eröffnungen fällt auf, dass auch die Zahl der mangels Kostendeckung nichteröffneten Verfahren (+ 5,1 %) gestiegen ist. „In diesen Fällen ist der ‚worst case‘ eingetreten. Nachdem zu lange mit einem Insolvenzantrag gewartet wurde, müssen diese Unternehmen liquidiert werden. Für die Mitarbeiter bedeutet das den Verlust ihrer Jobs, zudem sehen die Gläubiger keinen Cent“, so Götze. Aus Sicht des KSV1870 wäre es eine Option, zukünftig über die Eröffnung von aktuell nichteröffneten Fällen nachzudenken. Auch, weil es im Zuge einer ordentlichen Regulierung häufig durchaus realistisch wäre, verwertbare Assets zu finden, die zugunsten der Gläubiger ausgelegt werden könnten.

Passiva* geringfügig gestiegen

Im Gegensatz zu den Fallzahlen fällt das Plus bei den vorläufigen Passiva* weitaus geringer aus. Passiva in der Höhe von rund 286 Mio. Euro bedeuten einen Anstieg von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit bestätigt sich der jüngste Trend, dass Firmenpleiten zunehmend kleinteiliger werden. Insgesamt gab es bislang fünf Unternehmensinsolvenzen mit Passiva von zumindest zehn Millionen Euro. Die bis dato größte Pleite des Jahres betrifft die „Pharmazeutische Fabrik Montavit Gesellschaft m.b.H.“ aus Tirol mit vorläufigen Passiva von rund 45 Mio. Euro. Diese Insolvenz ist auch der Grund dafür, warum in Tirol die Passiva gegenüber den ersten drei Monaten des Vorjahres um mehr als 360 Prozent gestiegen sind.

Insolvenztreiber: Bauwirtschaft, Handel, Tourismus/Gastronomie

Wie im Vorjahr sind auch im ersten Quartal 2023 die Bauwirtschaft (274 Fälle), der „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (217) und Tourismus/Gastronomie (181) jene Bereiche, in denen sich die meisten Insolvenzen ereignet haben. „Hohe Kosten und fehlendes Personal bilden jenen gefährlichen Mix, der für viele Betriebe über einen längeren Zeitraum nicht zu stemmen ist. Für sie bildet die Insolvenzanmeldung den einzigen Ausweg“, so Götze. Dieser Schritt erfolgt häufig jedoch zu spät. Es ist daher wenig überraschend, dass auch bei den Nichteröffnungen der Handel (69 Fälle), die Bauwirtschaft (68) und der Bereich Tourismus/Gastronomie (59), neben dem Gesundheits- und Sozialwesen (89 Fälle), die meisten Fälle aufweisen.

Ausblick: Mehr Pleiten bis Jahresende erwartet

Aus Sicht des KSV1870 gilt eine Fortsetzung der jüngsten Insolvenzentwicklungen als wahrscheinlich. Abhängig ist diese jedoch auch weiterhin von den äußeren wirtschaftlichen

Umständen, die die Betriebe gravierend belasten. Mit Blickrichtung Jahresende liegen in Österreich somit 5.500 Firmenpleiten im Bereich des Möglichen. Das würde einen Zuwachs im niedrigen zweistelligen Prozentbereich bedeuten. Gegenüber Vorkrisenzeiten wären das bis zu 500 insolvente Unternehmen mehr.

Exkurs: Richtlinie zur Harmonisierung des Insolvenzrechts

Mit dem am 7. Dezember 2022 veröffentlichten Vorschlag möchte die Europäische Union den Weg zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Insolvenzrechtes ebnen. Mit dieser Richtlinie (RL) zur Einrichtung von präventiven Restrukturierungsverfahren sollen die Mitgliedsstaaten nationales Recht schaffen, mit welchem das materiellrechtliche, vorinsolvenzrechtliche Verfahren europaweit harmonisiert wird. Das Ziel lautet: *Durch die angestrebten Verfahrensänderungen soll es gelingen, Geldrückflüsse für Gläubiger und Anleger zu erhöhen.* Die angedachte Harmonisierung hätte auch für das von Klein- und Mittelbetrieben geprägte Österreich bzw. dessen Insolvenzsystem weitreichende Folgen, da diese Richtlinie insbesondere auf Liquidationsverfahren von Kleinstunternehmen abzielt. Und ein Blick auf die Vorjahreszahlen genügt, um zu sehen, dass 92 Prozent aller 4.775 Firmenpleiten Kleinstunternehmen betroffen gewesen wären. Diese etwaige Harmonisierung würde demnach das gesamte heimische Insolvenzsystem nicht nur auf den Kopf stellen, sondern zu einer massiven Verschlechterung führen. Das Ziel, Liquidationsverfahren von Kleinstunternehmen zu verbessern, kann aus Sicht des KSV1870 mithilfe dieser Richtlinie (Effizienzsteigerung von Insolvenzverfahren; Verkürzung der Verfahrensdauer; Kostensenkung der Abwicklung) nicht erreicht werden. Aufgrund der erwartbaren Verschlechterung für Gläubiger steht der KSV1870 einer Harmonisierung des Insolvenzrechts innerhalb der EU auf Basis dieser Richtlinie äußerst kritisch gegenüber. Eine entsprechende Stellungnahme hat der KSV1870 sowohl an die zuständige EU-Kommission wie auch an die Österreichische Insolvenzrechts-Reformkommission übermittelt.

Drei Aspekte werden an dieser Stelle näher beleuchtet:

Definition von Kleinstunternehmen: Österreichs Wirtschaft ist kleinstrukturiert. Folglich fallen die meisten in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratenen Betriebe unter die vom Vorschlag aufgestellten Parameter für Kleinstunternehmen (10 Mitarbeiter, € 2 Mio. Umsatz, € 2 Mio. Bilanzsumme). Für Österreich würde dies bedeuten, dass rund 90 Prozent der Insolvenzverfahren als Sonderverfahren für Kleinstunternehmer abzuwickeln wären. Dadurch würde sich auch der Aufwand für die Gerichte deutlich vermehren. Ein Umstand der für die Gerichte jedoch nicht zu stemmen wäre, wodurch auch die Verfahren selbst in die Länge gezogen werden würden. Das würde vor allem für die Gläubiger ein zusätzliches finanzielles Risiko darstellen. Um diesen Aspekt zu entschärfen, müsste laut KSV1870 die Definition von Kleinstunternehmen nochmals überdacht werden.

Keine Insolvenzverwalter: In Österreich wird die wirtschaftliche Gebarung eines Unternehmens nach der Insolvenzeröffnung einer detaillierten Prüfung durch einen Insolvenzverwalter unterzogen. Gerade bei Kleinstunternehmen, wo es erfahrungsgemäß oftmals schwierig ist, wirtschaftliche Entwicklungen im Nachhinein zu eruieren, wäre der Verzicht auf einen Insolvenzverwalter ein massiver Nachteil für die betroffenen Gläubiger, aber auch generell für das Verfahren. Das Fehlen eines Insolvenzverwalters würde es defacto unmöglich machen, pflichtwidriges Verhalten der Schuldner aufzudecken und daraus Ansprüche gegen unredlich handelnde Personen abzuleiten. Außerdem müssten die Gerichte sehr viele Funktionen übernehmen, was auf Grund der aktuell verfügbaren Ressourcen kaum umsetzbar wäre.

Anfechtbarkeit: Laut dem RL-Vorschlag sollen anfechtungsrelevante Sachverhalte durch Mindeststandards europaweit vereinheitlicht werden. Gleichzeitig wird aber die Anfechtbarkeit im geplanten Liquidationsverfahren für Kleinstunternehmen massiv zurückgedrängt. Gerade bei Kleinstunternehmen mit kaum werthaltigem, körperlichem Vermögen stellen Anfechtungsansprüche oftmals jedoch den für die Insolvenzmasse einzigen, bzw. relevanten Wert dar. Aus Sicht des KSV1870 geht mit dem aktuell vorliegenden Vorschlag das Bestreben nach einem einfachen und schnellen Verfahren stark zu Lasten der Gläubigerinteressen.

**) Die Passiva für das Jahr 1. Quartal 2023 sind vorläufige Werte und beziehen sich auf den Stichtag der Hochrechnung, den 14.03.2023. Im Zuge der fortlaufenden Insolvenzverfahren werden sich diese Passiva noch verändern.*

Rückfragehinweis:

Markus Hinterberger

KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon 050 1870-8205, E-Mail: hinterberger.markus@ksv.at

www.ksv.at, Twitter: <https://twitter.com/KSV1870>

Sie möchten **keine Aussendungen** des KSV1870 mehr erhalten? Dann senden Sie uns ein kurzes E-Mail an ksv.kommunikation@ksv.at.

Über den KSV1870

Der Kreditschutzverband von 1870 (KSV1870) zählt zu den führenden Wirtschaftsplattformen Österreichs. Durch innovative, digitale Lösungen minimiert der Gläubigerschutzverband mit seinen Tochtergesellschaften die ökonomischen Risiken seiner Kunden und trägt wesentlich zu ihrem Geschäftserfolg bei. Der KSV1870 bewahrt Wirtschaftstreibende vor finanziellem Schaden, stärkt ihre Liquidität und identifiziert neue Wachstumschancen. Aktuell serviert die Unternehmensgruppe mehr als 31.000 Mitglieder im In- und Ausland.

Internationale Bonitätsauskünfte, Inkasso-Dienstleistungen und Vertretungen in Insolvenzverfahren unterstützen bei einem professionellen Risikomanagement und sorgen für sichere Geschäfte. Neues Wachstum ermöglicht der KSV1870 durch innovative Lösungen im Business Analytics-Bereich. Wirtschaftsinformationen aus unterschiedlichen Datenpools, intelligent analysiert und ausgespielt in Echtzeit, öffnen die Tür zu neuen Umsatzpotenzialen. Der KSV1870 schafft Wissen und sichert Werte. Im Jahr 2021 haben 356 Mitarbeiter eine Betriebsleistung von 46,8 Mio. Euro erwirtschaftet. Über das Webportal www.ksv.at können alle Services und Produkte rund um die Uhr abgerufen werden.

Unternehmensinsolvenzen Q1-2023

Hochrechnung (HR)

	2023	2022	Veränderung	
Gesamtinsolvenzen	1.279	1.046	+	22 %
Eröffnete Insolvenzen	801	591	+	36 %
Nichteröffnete Insolvenzverfahren (mangels kostendeckenden Vermögens)	478	455	+	5 %
Geschätzte Passiva	286 Mio.	279 Mio.	+	3 %
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	4.200	2.900	+	45 %
Gläubiger	7.600	5.300	+	43 %

Die Passiva (geschätzten Insolvenzverbindlichkeiten in EUR) dürfen nicht mit den tatsächlichen Verlusten aus Insolvenzen gleichgesetzt werden. Zu berücksichtigen sind Quotenzahlungen im Rahmen von Sanierungsplänen, Ausschüttungen aus Verwertungen von Konkursmassen sowie Sonderrechte aufgrund von Aus- und Absonderungsrechten.

Gesamtinsolvenzen nach Bundesländern Q1-2023

Bundesland	Fälle 2023	Fälle 2022	+ / -	Passiva 2023 in Mio. EUR	Passiva 2022 in Mio. EUR	+ / -
Wien	456	325	40,3%	58	45	28,9%
Niederösterreich	255	221	15,4%	50	91	-45,1%
Burgenland	39	40	-2,5%	5	35	-85,7%
Oberösterreich	124	117	6,0%	42	24	75,0%
Salzburg	77	62	24,2%	18	25	-28,0%
Vorarlberg	26	30	-13,3%	15	5	200,0%
Tirol	91	85	7,1%	56	12	366,7%
Steiermark	160	115	39,1%	30	29	3,4%
Kärnten	51	51	0,0%	12	13	-7,7%
Gesamt	1.279	1.046	22,3%	286	279	2,5%

Gesamtinsolvenzen nach Verfahren Q1-2023

	Sanierungsverfahren mit EV*	Sanierungsverfahren ohne EV*	Konkurse	Eröffnete Verfahren gesamt	Nichteröffnete Verfahren
Wien	3	23	237	263	193
Niederösterreich	1	21	149	171	84
Burgenland	0	2	23	25	14
Oberösterreich	0	16	61	77	47
Salzburg	2	7	48	57	20
Vorarlberg	0	1	12	13	13
Tirol	1	2	40	43	48
Steiermark	2	25	93	120	40
Kärnten	0	4	28	32	19
Gesamt	9	101	691	801	478

* Eigenverwaltung

Großinsolvenzen Q1-2023 – ab 10 Mio. Euro Passiva

1	Pharmazeutische Fabrik Montavit Gesellschaft m.b.H	Absam/Tirol	45,0 Mio.
2	RTi Austria GmbH (Rohrtechnik, Baugewerbe)	Pucking/OÖ	15,2 Mio.
3	myRobotcenter GmbH	Hohenems/Vbg	13,9 Mio.
4	Medienlogistik Pichler-ÖBZ GmbH & Co KG	Wiener Neudorf/NÖ	10,3 Mio.
5	WWLA Wärme- Wasser- und Lüftungsanlagen Gesellschaft m.b.H.	Zwölfaxing/NÖ	10,0 Mio.

Angaben in EUR,
Stand HR

Gesamtinsolvenzen nach Branchen Q1-2023

	Fälle	Passiva in Mio. EUR
1. Bau	274	77 Mio.
2. Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	217	55 Mio.
3. Beherbergung und Gastronomie	181	22 Mio.

Branchen nach ÖNACE

Wien, 22.03.2023

Insolvenzstatistik für Unternehmen sowie Private

Die Insolvenzstatistik liefert Informationen über alle Insolvenzverfahren Österreichs. Grundlage der Analyse sind übermittelte Daten der zuständigen Landesgerichte sowie Bezirksgerichte und Informationen aus der KSV1870 Wirtschaftsdatenbank. Der KSV1870 erstellt diese Auswertungen zum ersten Quartal, zum ersten Halbjahr, für das erste bis dritte Quartal und zum Jahresende. Der Insolvenzstatistik liegt ein standardisiertes Verfahren zugrunde, das regelmäßig die gleiche Art der Analyse liefert und daher die Insolvenzzahlen seit Jahren konsistent abbildet. Eventuell auftretende Abweichungen - bei abgewiesenen Konkursanträgen oder eröffneten Verfahren - erklären sich daraus, dass je nach Verfahrensart die Insolvenz einer Firma nur ein Mal pro Jahr gezählt wird. Auch Änderungen der Gerichtszuständigkeit während des Insolvenzverlaufes können leichte Verschiebungen möglich machen.

Rückfragenhinweis:

Markus Hinterberger

KSV1870 Unternehmenskommunikation

Telefon 050 1870-8205, E-Mail: hinterberger.markus@ksv.at

www.ksv.at, Twitter: <https://twitter.com/KSV1870>